

Pressemitteilung

Berlin, 10. Juli 2024

Zukunftssichere Gebäude: Was die Bundesregierung dafür tun kann Gutachten zeigt gute Beispiele aus anderen Ländern

Um den deutschen Gebäudebestand fit für die Zukunft zu machen, kann die Bundesregierung sehr viel mehr tun als bisher. Der Blick über den Tellerrand zeigt: Viele EU-Länder und auch die USA lassen sich Einiges einfallen, um bessere Bedingungen für Modernisierungen zu schaffen. Die Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG), Hauptstadtbüro mehrerer Bauwirtschaftsbranchen, hat das Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos beauftragt, erprobte Politikinstrumente zusammenzustellen und auszuwerten.

„Gebäude zu modernisieren ist keine Zumutung, sondern eine Versicherung gegen Energiepreisschocks, steigende CO₂-Preise und ungesundes Wohnen. Die Bundesregierung kann sehr viel mehr tun, um Eigentümer zu informieren und bei der Umsetzung zu unterstützen. Wir wollen mit der Studie zeigen, dass eine kreativere Politik zu mehr und besserer Modernisierung führen würde“, erläutert Thomas Drinkuth, Leiter der RTG.

Das Gutachten listet eine ganze Reihe politischer Maßnahmen auf, die in anderen Ländern zu mehr Gebäudesanierung geführt haben. In Dänemark beispielsweise managen regionale Beratungsstellen, sogenannte One-Stop-Shops, zusammen mit Eigentümern den Sanierungsprozess und vermitteln von der Energieberatung bis zur Förderung alle wichtigen Leistungen. In Belgien erhalten nachbarschaftliche Sanierungsinitiativen, in denen mehrere Eigentümer älterer Gebäude gemeinsam Sanierungen planen und beauftragen, besondere Förderung. Und die meisten amerikanischen Bundesstaaten übernehmen für Eigentümer, die sich die Sanierung nicht selbst leisten können, die Finanzierung – die Rückzahlung erfolgt über einen Steuerzuschlag. In Österreich und Frankreich tragen deutlich bessere Förderbedingungen zu mehr Modernisierung bei. „Natürlich sind in jedem Fall staatliche Mittel für diese Programme nötig, und ohne eine verbesserte Förderung wird es nicht vorwärts gehen. Aber nicht alle wirksamen Maßnahmen brauchen gleich Milliardenbudgets“, erläutert Drinkuth.

Frische politische Impulse für mehr Gebäudesanierungen sind aus mehreren Gründen wichtig. So musste die Bundesregierung in den Jahren 2022 und 2023 den explodierten Gaspreis mit einem zweistelligen Milliardenbetrag subventionieren, um Haushalte zu entlasten. Mehr Investitionen in energiesparende Modernisierungen würden sowohl private Haushalte als auch den Staat selbst vor künftigen Energiepreisschocks schützen. Auch der absehbar steigende CO₂-Preis sollte durch sehr viel mehr Kommunikation und Beratung, Förderung und ein Klimageld begleitet werden. Ebenfalls wichtig: Innerhalb der nächsten zwei Jahre muss die Bundesregierung die novellierte EU-Gebäuderichtlinie umsetzen, die den Ländern insbesondere eine verstärkte Modernisierung von Gebäuden mit hohem Energiebedarf vorschreibt. Zudem ist ein Großteil des Gebäudebestands schlecht auf immer intensivere Hitzesommer vorbereitet – auch das lässt sich durch Modernisierungsmaßnahmen lösen.

Die Studie steht zum Download unter www.transparente-gebaeudehuelle.de.

Die Repräsentanz Transparente Gebäudehülle ist das gemeinsame Hauptstadtbüro des Bundesverbands Flachglas, der Industrievereinigung Rollladen-Sonnenschutz-Automation und des Verbands Fenster + Fassade zusammen mit den Unternehmen Hunter Douglas, Roma, Somfy, Velux, Veka und Warema. Sie ist Impulsgeber und Dialogpartner für alle Politikakteure und Stakeholder, die die bau- und energiepolitischen Rahmenbedingungen gestalten.

Kontakt:

Repräsentanz Transparente Gebäudehülle GbR

Thomas Drinkuth, Leiter der Repräsentanz

drinkuth@transparente-gebaeudehuelle.de

0160-96228006

Unter den Linden 10

10117 Berlin